

Deutsche Industriegewerkschaft (IG) erreicht Ziel

MetallerInnen arbeiten 35 Stunden

Fast untergegangen im Wiedervereinigungsprozess ist, dass die grösste Gewerkschaft Europas, die IG Metall, die 35-Stunden-Woche durchgesetzt hat. In den Schweizer Medien ist das als kleine Randnotiz erschienen, in der Oppositionspresse blieb es sogar unerwähnt.

Bruno Bollinger

1995 wird in der deutschen Metallindustrie die 35-Stunden-Woche eingeführt, 1993 wird die wöchentliche Arbeitszeit zuerst einmal auf 36 Stunden reduziert. *«Das Ziel ist erreicht»* – so die Überschrift des Leitartikels des IG-Metall-Vorsitzenden Franz Steinkühler im «Metall» vom 18. Mai 1990. *«Erstmals in der Geschichte der Industriegesellschaften ist ein Flächentarifvertrag mit der Regelarbeitszeit von 35 Wochenstunden unterschrieben worden.»* Es war nicht leicht, so weit zu kommen. *«Trotz aller Kompromisse, die wir eingehen mussten, haben wir überzeugt und engagiert an der '35' festgehalten und damit Erfolg gehabt.»*

Jahrelanger Kampf

Dreizehn Jahre fast pausenloser Kämpfe und zwei harte Streiks bilden die Vorgeschichte der «35». Alles begann im September 1977 am 12. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall, als gegen den Willen des Vorstandes überraschend die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche angenommen wurde. Die erste knallharte Auseinandersetzung fand nach dem 28. November 1978 statt, als der Winterstreik begann, der mehr als sechs Wochen dauern sollte.

Das Resultat war nicht das erhoffte: 40 Stundenwoche und 6 Wochen Urlaub. Der Einstieg in die 35 Stundenwoche ge-

lang nicht, die Forderung schien vom Tisch.

1982, unter dem Eindruck der auf fast 2 Millionen angestiegenen Arbeitslosigkeit beschloss die IG Metall, die Forderung wieder aufzunehmen. Im März 1984 begannen dann die Warnstreiks in der deutschen Metallindustrie. Am 14. Mai legten 13'000 MetallerInnen in Nordwürttemberg/Nordbaden die Arbeit nieder, sieben Tage später auch 33'000 in Hessen. Die Unternehmer reagierten darauf mit der Aussperrung von 110'000 Beschäftigten. Am 26. Juni 1984 kam es dann zum sogenannten «Leber-Käse», einem Vorschlag des Vorsitzenden der Schlichtungsstelle: Auf den 1. April 1985 wird die Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden verkürzt.

1987 genügten einige Warnstreikaktionen, an denen insgesamt 900'000 MetallerInnen teilnahmen. Der Unternehmerverband Gesamtmetall musste zwei weitere Schritte zulassen: Ab 1. April 1988 wird die wöchentliche Arbeitszeit auf 37,5 Stunden, ab April 1989 auf 37 Stunden reduziert, bei vollem Lohnausgleich.

Danach versuchten die Unternehmer wieder in die Offensive zu gehen. Wie überall ist auch in der BRD die «Flexibilisierung» zuoberst auf der patronalen Wunschliste. Die IG Metall reagierte darauf und stellte ihre Verteidigungsfront auf. Hauptparole war der arbeitsfreie Samstag: *«Vati gehört samstags mir!»*

Die Aktivitäten gegen die Samstagsarbeit wurde immer mit derjenigen der «35» verknüpft. Aktionen aller Art fanden statt (Wecker wurden eingestellt, die nach 35 Stunden allen im Betrieb signalisierten, dass es jetzt Feierabend wäre). Ein soziales Bündnis wurde aufgebaut, das sich aus Kirchenleuten und KleingärtnerInnen, TurnerInnen und FussballerInnen, KünstlerInnen und ÄrztInnen

und der ganzen Bevölkerung zusammensetzte.

Was aber die Unternehmerschaft hart getroffen hat, war der Überstunden-Boycott. Die Aktion «April und Mai überstundenfrei» machte einen dicken Strich durch die vollen Auftragsbücher. Diese Aktion war zugleich Testlauf für die Mobilisierungsfähigkeit der IG Metall. Die gute Beteiligung am Überstunden-Boycott liess der Gewerkschaft, aber auch den Unternehmern, keinen Zweifel über die Kampfbereitschaft der MetallerInnen.

Kompromiss mit (zu) vielen Kröten?

Nicht alle sind ob dem Sieg der IG Metall begeistert. Jakob Moneta, ehemaliger Chefredaktor der Zeitungen «Metall» und «Gewerkschafter», warnt vor allzugrossem Triumphgeschrei (SoZ, Mai 1990): *«Es gibt Erfolge, von denen wir uns berauschen lassen, ohne an den Kater zu denken, der dem Rausch folgen könnte.»* Jakob Moneta hebt insbesondere hervor, dass die günstige Gelegenheit verpasst wurde, dem Paragraphen 116 AFG, der die Aussperrung zu einer gefährlichen Waffe für die Unternehmer macht, mit einer Streikbewegung entgegenzutreten.

Kritisiert wird zudem, dass die IG Metall nicht die ganze Abmachung veröffentlicht hat, und dass für die Einführung der 35-Stunden-Woche zu lange Fristen akzeptiert worden sind. *«Mehr war nicht drin?»*, fragt die «SoZ».

Indirekt geht der IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler auf diese Kritiken ein, wenn es festhält: *«Trotz allem bleibt das Ergebnis ein Kompromiss.»* Die Zeitschrift «Sozialismus» (6-90) stellt aber klar: *«Trotz aller Kritik stellt der Tarifabschluss in der Metall- und Druckin-*



dustrie für die Gewerkschaften einen politischen Sieg dar».

Bei allen «Wenn und Aber» wird es wichtig sein, dass nach diesem Sieg die Gewerkschaften mit gestärktem Rücken weiterkämpfen können. Vergessen wir

nicht, dass die IG-Metall in diesen letzten dreizehn Jahren einige Male für Überraschungen gesorgt hat: 1977 bei der Annahme der Forderung nach der 35-Stunden-Woche; 1982 als der Einstieg gelang, obwohl noch drei Jahre davor die

Forderung vom Tisch schien; und nun 1990 mit der Realisierung der «35».

Das Schlusswort lassen wir den Leuten der IG-Metall. «Metall»-Redaktor Wehrhart Otto hält in der Ausgabe von 18. Mai 1990 fest: *«In Fabrik und Republik gibt es noch viel zu tun, und die Metallerrinnen und Metallerr sind nicht der Typ Mensch, der ewig faul in der Sonne liegt.»*

Gewerkschaftliche Vereinigung - so schnell wie möglich

Der Vereinigungszug läuft und beschleunigt sich. Nicht nur für die Parteien, auch für die Gewerkschaften stellt sich das Problem des raschen Zusammengehens bis hin zur organisatorischen Fusion. Die erst kürzlich aus DruckerInnen, JournalistInnen und Kulturschaffenden gebildete Industriegewerkschaft Medien wird Ende Oktober 1990 eine gesamtdeutsche Gewerkschaft bilden. Bereits im Juni organisierte sie ein Bundesjugendtreffen, bei dem sich 150 JunggewerkschafterInnen aus Westdeutschland und der DDR trafen. An diesem Treffen wurde eine Erklärung «BRD ohne Armee» aufgelegt, die zwar nicht offiziell unterstützt, aber von sehr vielen TeilnehmerInnen unterschrieben und Auszüge davon in der Ge-

werkschaftszeitung «Kontrapunkt» publiziert wurde: «Für immer mehr junge Menschen in der Bundesrepublik macht die Bundeswehr keinen Sinn. (...) Ein immer grösserer Anteil der wehrpflichtigen Kollegen verweigert den Dienst mit der Waffe. (...) Die Bedeutung der Totalverweigerung steigt. (...) Dennoch: Es wird weiter aufgerüstet. (...) Wir, Kolleginnen und Kollegen aus Betrieb und Gewerkschaften, erklären: (...) Wir brauchen keine Wehrpflicht und keine Zwangsdienste. (...) Wir fordern die Abschaffung der Wehrpflicht und der Armee als Beitrag zur Entmilitarisierung der Gesellschaft! (...) Wir haben eine Chance: Eine Bundesrepublik ohne Armee ist denkbar. (...)»

Und Franz Steinkühler in einem Brief an alle Kolleginnen und Kollegen: *«Wir haben in der Vergangenheit und zuletzt in der Tarfbewegung dieses Jahres mit Aktionen gegen Mehrarbeit und mit vielen Warnstreiks bewiesen, dass wir durchsetzungsfähig sind. Wir beweisen jetzt, dass wir im deutsch-deutschen Einigungsprozess nicht den Arbeitgebern das Feld überlassen.»*

Vieles bleibt zu tun auch in Grossdeutschland, denn auch nach der Einverleibung des «Arbeiterstaates» wird der Kampf für die Rechte der abhängig Beschäftigten weitergehen. Uns bleibt die Hoffnung, dass im gemeinsamen Europa die IG Metall ein stärkeres Wort mitreden kann als Grosskanzler Kohl.